

Bericht	Geschäftsbereich	Kultur, Bildung & Sport
	Ressort / Stadtbetrieb	Stadtbetrieb 206 - Schulen 208 - Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Elke Stapff/ Viola Wessler 563 46 77/ 30 69 563 81 37 e.stapff@stadt.wuppertal.de viola.wessler@stadt.wuppertal.de
	Datum:	18.03.2013
	Drucks.-Nr.:	VO/0263/13 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
16.04.2013	Ausschuss für Schule und Bildung	Entgegennahme o. B.
18.04.2013	Jugendhilfeausschuss	Entgegennahme o. B.
Erfahrungsbericht über das erste Jahr Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket		

Grund der Vorlage

Antrag der SPD-Fraktion (Drs.-Nr. VO/0160/13) v. 05.02.2013 zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 05.02.2013

Beschlussvorschlag

Entgegennahme ohne Beschluss

Einverständnisse

Nicht erforderlich

Unterschrift

Dr. Kühn Nocke

Begründung

Zuletzt wurden der Ausschuss für Schule und Bildung und der Jugendhilfeausschuss in ihren Sitzungen am 04.09. bzw. 06.09.2012 über die im ersten Halbjahr gesammelten Erfahrungen unterrichtet (Drs.-Nr. VO/0610/12). Der positive Eindruck hat sich auch im weiteren Verlauf des Jahres bestätigt. Der Bericht für das gesamte Jahr 2012 ist als Anlage beigefügt.

Die Fortsetzung der Schulsozialarbeit über das laufende Jahr hinaus erscheint derzeit äußerst fraglich, obwohl diese für die soziale Teilhabe vieler Kinder und Jugendlicher an den Schulen von zentraler Bedeutung ist.

Vor diesem Hintergrund hat bereits der Rat der Stadt am 17.12.2012 eine entsprechende Resolution (Drs.-Nr. VO/0953/12-Neuf.) zum Erhalt der Schulsozialarbeit verabschiedet. In dieser hat der Oberbürgermeister an Frau Ministerin von Leyen, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, und Frau Ministerin Löhrmann, Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW, sowie alle Wuppertaler Bundestags- und Landtagsabgeordneten zur unbefristeten Fortfinanzierung der Schulsozialarbeit aufgefordert. Darüber hinaus wird die Stadt Wuppertal über den Städtetag NW und den Städtetag auf Bundesebene entsprechend aktiv.

Auch die Schulen und Wohlfahrtsverbände setzen sich intensiv sowohl vor Ort als auch auf Landes- und Bundesebene mit diversen Maßnahmen für den Erhalt der Schulsozialarbeit ein.

Der Städtetag spricht sich in seinem Schreiben an den Herrn Oberbürgermeister ebenfalls für die dringend erforderliche Fortsetzung der Finanzierung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket aus. Der Städtetag wird sich dafür einsetzen, dass die Fortsetzung der befristeten Finanzierung der Schulsozialarbeit noch in diesem Jahr für verbindlich erklärt wird.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sieht die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket als einen Bestandteil der Bildungspolitik und verweist auf die verfassungsrechtliche Zuständigkeit des Landes im Schulwesen.

Frau Löhrmann, Ministerium für Schule und Weiterbildung, versichert mit Schreiben vom 04.03.2013, dass sie sich als Schulministerin weiterhin dafür einsetzen wird, dass der Bund seiner rechtlichen Verpflichtung nachkommt, die soziale Teilhabe auch im Bereich der Schule im Sinne einer Gewährleistung des sozioökonomischen Existenzminimums junger Menschen im Sinne einer präventiven Bildungs- und Sozialpolitik zu sichern.

Anlagen

Anlage 01 - Bericht über das erste Jahr Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

Anlage 02 – Antwort von Frau von der Leyen auf die Resolution zur Fortsetzung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

Anlage 03 - Antwort von Frau Löhrmann auf die Resolution zur Fortsetzung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

Anlage 04 - Antwort des Städtetages zur Fortsetzung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket.pdf